

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/48. Jahrgang

Mai 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Wohnungsknappheit ist gewollt

Vor dreißig Jahren gab es in Gießen knapp 10.000 Sozialwohnungen – davon etwa 7.000 im Besitz der Wohnbau. Das war schon damals viel zu wenig und die Warteliste lang. Gießen hatte etwas mehr als 70.000 Einwohner. - Inzwischen haben wir fast 85.000 Einwohner, aber weniger Sozialwohnungen.

Warum ist das so? Weder SPD- noch CDU-geführte Magistrate haben daran etwas geändert.

Die Wohnungsnot in Gießen ist unverändert. 1.500 Menschen stehen auf der Warteliste für eine Sozialwohnung. Zwar wird ständig gebaut – groß, klotzig und teuer; aber bezahlbarer Wohnraum entsteht kaum.

Weder wird von der Wohnbau selbst ausreichend neu gebaut, noch sorgt die Stadt dafür, dass die vielen „privaten Investoren“ verpflichtet werden,

einen Teil ihrer Wohnungen zu Sozialwohnungspreisen zu vermieten. Es ist nicht nur möglich, im Bau eine Sozialquote von 25 – 30% festzulegen, sondern das ist in vielen Städten auch üblich.

Obwohl im sog. Wohnraumsicherungskonzept der Stadt Gießen dies gefordert wurde, hält sich die Stadt nicht daran. Nur 50 von 400 geplanten Wohnungen auf dem ehemaligen US-Gelände sollen Sozialwohnungen werden. Wie meist kommt man auch hier den Immobilienspekulanten, die sich mit der Wohnungsnot ihre saftigen Renditen sichern, weitgehend entgegen.

25% der Gießener sind so arm, dass sie Anrecht auf eine Sozialwohnung haben. Das sind 21.000 Menschen. Aber nur noch rd. 2.000 Wohnbau-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um deutlich zu machen: Wir wollen eure Kriege nicht!

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um zukünftigen Sozialabbau abzuwehren und für unsere Interessen zu kämpfen.

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um über die Ursachen dieser Zustände zu diskutieren und zum Kapitalismus alternative Gesellschaftsmodelle zu entwickeln.

Wir, die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, sagen: Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Wer grundsätzlich etwas ändern will, muss den Kapitalismus in Frage stellen.

Inhalt:

DKP-Kandidat/Stadtparlament	S.2
Stromsperren/Ostermarsch	S.3
BI Wieseckau/NSA bei THM	S.4
Prozess Y. Avci/Armutbericht/TV-Abzocke	S.5
Es geht nicht um Giftgas, um Russland	S.6
USA provozieren in Korea/Türkei-Wahl	S.7
Termine	S.8

Klinikum: Nach dem Streik ist vor dem Streik

Am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) haben die große Streikbereitschaft und die ersten Warnstreiks den Bossen der Rhön AG schnell das Fürchten gelehrt. Schon nach den ersten Streikaktionen rückten sie von ihrem provokanten Mini-Angebot (s. Echo 04/17) ab und legten ein neues Angebot vor, das in etwa dem Abschluss für hessische Landesbedienstete entsprach. Die Forderungen von ver.di lagen allerdings deutlich höher – mit Recht angesichts der hohen Belastung der Beschäftigten. Trotzdem nahm ver.di das neue Angebot schnell an. Bei der großen Streikbereitschaft wäre sicher mehr drin gewesen. Enttäuscht sind viele Mitarbeiter vor allem, weil sich hinsichtlich ihrer Forderung nach einer Regelung für die Personalbemessung wenig tut, die Verhandlungen schleppen sich hin. Die Erfahrungen, z.B. an der Berliner Charité, zeigen, dass sich ohne massiven Druck und Warnstreiks nichts erreichen lässt. Die Bosse der Rhön AG hoffen wohl darauf, dass die Kampfbereitschaft abflaut und sie ihr Geschäftsmodell – immer mehr Patienten, immer mehr Druck für die Arbeitenden – weiter betreiben können. Im Interesse der Beschäftigten und der Patienten darf diese Rechnung nicht aufgehen. Wir fordern mit allen Betroffenen: Schluss mit dem Profitsystem im Gesundheitswesen. G. Linhart

Für Frieden und Sozialismus!



Warum kandidiere ich für die DKP?

Seit etwas über drei Jahren bin ich jetzt Mitglied der DKP und habe es bis heute nicht bereut. Lange Zeit war ich politisch nicht aktiv, habe den Ärger über die Misere in diesem Land in mir vergraben, nicht nach Gleichgesinnten Ausschau gehalten. Aber so konnte es nicht weitergehen. Für eine bessere, gerechte Gesellschaft - den Sozialismus - muss gekämpft werden. Es war daher eine große Ehre für mich, auf die Landesliste der DKP Hessen gewählt zu werden - besonders, da es mein erstes Mal ist.

Ich wurde einmal gefragt, was für mich revolutionär ist und antwortete: Wenn ich beim Info-Stand der DKP

auf dem Seltersweg in Gießen stehe und ein Passant uns zuruft, wir gehören alle vergast, fühle ich mich aufgrund meiner früheren politischen Aktivitäten als Revolutionär. Denn in unserer ach so „demokratischen“ und „offenen“ Gesellschaft wird man als Andersdenkender von vielen weder akzeptiert noch toleriert. Während Nazis neuen Aufwind erfahren, werden wir beschimpft und bedroht. Außerdem kann und will ich mich nicht damit abfinden, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden. Warum sollen Reiche bessere Menschen sein? Warum werden sie u.a. bei der Bildung und im Gesundheitswesen bevorzugt? Die Antwort

ist eigentlich ganz klar: Die Kapitalisten sind die „Stütze“ dieser Gesellschaft. Sie besitzen die Produktionsmittel, beuten die Arbeiter aus und eignen sich den Profit an. Geld, das in Schulen und Kindergärten, in Krankenhäusern und im sozialen Wohnungsbau fehlt. Mit ihrem Sofortprogramm zeigt die DKP auf, was verbessert werden kann und wo das Geld dafür herkommt. So deutlich wird keine andere Partei.

Es geht uns auch nicht darum, als Konkurrenten der Partei Die Linke aufzutreten, ihr gar Stimmen wegnehmen zu wollen. Vielmehr werden die Linken in den Linken gestärkt. Diese Akzeptanz zeigt sich auch dadurch, dass viele mit ihrer Unterschrift unsere Kandidatur unterstützen. Die DKP wird sicherlich gestärkt aus dem Bundestagswahlkampf hervorgehen und kann so ihren Forderungen mehr Gewicht verleihen: Für Frieden und Sozialismus!

Rainer Grabowski, Diplom-Mathematiker, 50 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Mitglied im DKP-Kreisvorstand

Diese DKP-Mitglieder aus der Kreisorganisation Gießen kandidieren zu den Bundestagswahlen. Von links: Rainer Grabowski, Tobias Salin, Erika Beltz, Henning Mächerle und Michael Beltz



Schlagabtausch zu Schlosser, Irmer, Runtsch und Sarrazin

SPD/CDU/GRÜNE wollten nicht in der Stadtverordnetenversammlung über den Nazi Hermann Schlosser diskutieren. Unser Fraktionsvorsitzender, Matthias Riedl, bezog sich auf die Geschäftsordnung und verlangte eine offene Diskussion. Mir ging es darum, keine heuchlerische Antifa-Diskussion hinzunehmen, in der dann die AfD als die einzige rechtsradikale Kraft dargestellt werden sollte. Mein Hinweis auf Sarrazin (SPD) und Irmer (CDU) als Nazis war inhaltlich wohl nicht falsch, aber formal nicht zu belegen.

Das wiederum nahm Gerhard Merz nicht völlig unberechtigt als einen Angriff auf die SPD-Spitze wahr und ging auf die Palme, um den rechtsradikalen Irmer aus Wetzlar zu verteidigen. Dass ich in der Folge den ehemaligen Oberbürgermeister Runtsch, Mitglied des faschistischen Witikobundes, ebenfalls als Nazi bezeichnete, verärgerte die CDU. CDU-StV. Wagener fand diese Wahr-

heiten „degoutant“ (ekelhaft), SPD-StV. Merz forderte gar insbesondere gegenüber Irmer eine Entschuldigung meinerseits. Dass SPD und Grüne sich einerseits an Bündnissen gegen die AfD beteiligen, andererseits eine Lanze brechen für diesen rassistischen, homophoben, rechte Parolen verbreitenden CDU-Landtagsabgeordneten, wurde zu Recht als Heuchelei bezeichnet.

Entschuldigen könnte ich mich allerdings dafür, dass ich einige Nazis des Gießener Parlamentes in den 50er und 60er Jahren nicht benannt habe, z.B. den Nazifunktionär und Gießener CDU-OB Hugo Lotz (von 1954 – 1957). Das kann nachgeholt werden.

So kam keine fröhliche Stimmung auf. Auch mein Hinweis, dass ich niemanden verurteile, der als junger Mensch den Nazis beigetreten war und aus deren Verbrechen gelernt hat, konnte die Gemüter nicht beruhigen.

Ich hoffe, dass diejenigen Mitglieder von SPD/CDU/GRÜNE sich nicht angegriffen fühlen, die sich mit sozialpolitischem Engagement nicht nur im Parlament für die Schwachen der Gesellschaft einsetzen.

Meine Angriffe gelten in erster Linie den Kriegstreibern, den Förderern von Waffenlieferungen und den Hartz-IV-Förderern.
Michael Beltz

„Ehrenbürger der Herzen“

In Gießen gibt es mehrere Arten von Ehrenbürgern: lebende (z. Zt. keine) und tote, verdiente und unverdiente und solche, von denen der Magistrat erklärte, die Ehrenbürgerschaft sei mit dem Tod keine mehr, um sich vor einer eindeutigen Aberkennung zu drücken. Als nun StV. Merz auf den verstorbenen Ehrenbürger Ben Menachem zu sprechen kam, scholl es ihm entgegen: „ehemaligen!“, worauf er irritiert entgegnete: „Aber in meinem Herzen ist er das.“ Und so haben wir – eingedenk Diana – nun eine neue Kategorie: s.o.

Schluss mit Stromsperren – runter mit dem Strompreis

Die Zahl der Stromsperren wegen Zahlungsrückständen hat sich im Versorgungsbereich der Stadtwerke von früher etwa 1000 im Jahr auf etwa 600 im Jahr 2016 verringert.

Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten Michael Beltz hervor und könnte auch daran liegen, dass er und das Gießener Echo dieses Problem immer wieder ansprechen.

Das ist erfreulich, aber nicht genug. Fast jede Stromsperre ist eine zu viel. Berechtigt wäre eine solche Maßnahme nur, wenn ein zahlungsfähiger Kunde die Zahlung verweigert, zum Beispiel weil er sich als „Reichsbürger“ versteht. In allen anderen Fällen ist die Sperre eine grausame Bestrafung von Armut.

Viele bekommen Schwierigkeiten mit der Begleichung der Stromrechnung, weil der Strompreis viel zu hoch ist, er

hat sich in den letzten 15 Jahren etwa verdoppelt. Das liegt, neben der Profitgier der Energiekonzerne, vor allem daran, dass die Kosten der sogenannten Energiewende auf die kleinen Stromverbraucher – Haushalte und kleine Gewerbebetriebe – abgewälzt werden. Betriebe mit höherem Verbrauch sind von der Umlage zur Finanzierung von Wind- und Solarstrom ganz oder teilweise befreit.



Die ganz großen industriellen Stromfresser, die alleine mehr als die Hälfte der erzeugten elektrischen Energie nutzen, brauchen sich nicht mal an den Kosten des Stromtransportes zu beteiligen. Sie zahlen lediglich die Erzeugerkosten – beim Stromtarif des Normalkunden sind das nicht mal 20% des Preises.

Als größte Frechheit sollen jetzt auch noch die Anschlusskosten von Stromtankstellen (Aufladestationen für Elektroautos) auf die Netzgebühren aufgeschlagen werden.

Die „Energiewende“ ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kosten müssten vor allem die tragen, die Milliarden an Kohle, Öl und Kernenergie verdient haben. Dann könnten wir Stromkunden von diesen Extrakosten entlastet werden und die Bezahlung der Stromrechnung fiel wieder leichter. Gernot Linhart

"Bezahle, wann mer Geld hat, des is kah Kunst: awwer bezahle, wann mer kahns hat, des is e Kunst, liewer Mann, un die muß ich erscht noch lerne." (Ernst Niebergall im Datterich)



Osteraktionen in Gießen (links: Info-Stand und Kundgebung des Gießener Friedensnetzwerkes im Seltersweg) und Frankfurt (unten: der nördliche Ostermarsch auf dem Weg zum Römer), wo an der Abschlussveranstaltung - trotz widrigem Wetter - 2500 Menschen teilnahmen, mehr als im letzten Jahr, aber angesichts wachsender Kriegsgefahren noch zu wenige.



(Fortsetzung von Seite 1)

Wohnungsknappheit

Wohnungen sind belegungsgebunden.

Dieses Missverhältnis soll nicht etwa beseitigt werden, aber verwaltet. Dazu werden Dringlichkeitskriterien im Vergabeverfahren diskutiert und vielleicht auch beschlossen...

Man muss feststellen: Die Wohnungsnot ist gewollt, wurde bewusst herbeigeführt und wird auch so bleiben.

Wären genügend Wohnungen da, wäre die Nachfrage gering und das Geschäft mit der Unterversorgung geplatzt. Die Wohnbaugesellschaften und private Investoren könnten

sich ihre Wuchermieten in den Mond schreiben und würden auf ihren Bau ruinen sitzen bleiben. Das muss im Kapitalismus, wo der Profit alles und der Mensch nichts bedeutet, verhindert werden. Erika Beltz

Zur Wohnungsfrage
In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie kann mit samt ihren Rückwirkungen... nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewälzt wird. (F. Engels in MEW 18/326)



Strandbarinhaber Trageser angezeigt

Im Schreiben an die Staatsanwaltschaft heißt es:

"Anzeige nach den Grundsätzen des 'Gesetzes über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden' (Umweltschadensgesetz - USchadG) gegen Christian Trageser, Wirt und Verantwortlicher der Vergnügungsstelle "Strandbar" am "Neuen Teich" in Gießen wegen einer Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen nach Maßgabe des § 21a des Bundesnaturschutzgesetzes.

Vorausgeschickt werden muss, dass die "Strandbar" im LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET direkt neben der "Kiesinsel", einem mit Schilf bewachsenen Brutgebiet, gelegen ist. Schilfröhricht ist ein geschützter Biotop." Ausführlich (hier zusammengefasst) werden die Vorfälle geschildert:

Während der Brutzeit, am 3. und 4. April, befuhren schwere Lastwagen und Transporter das Landschaftsschutzgebiet; ein Bagger verteilte lautstark und mit aufheulendem Motor Sand auf dem Gelände mit Pieptönen, die bis weit über den See in die Eichgärtenallee vordrangen; LKWs und Radlader befuhren auch die Spazierwege, beladen mit Tiefkühlgeräten, Paletten usw.

Die Anzeige schließt mit der Feststellung: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass eines der Gießener Ämter diese stundenlange Tortur für Tiere in einem Landschaftsschutzgebiet mitten in der Brutzeit genehmigt hat. Und warum wurde nach dem Abbau der "Schwanenalm" sechs Wochen gewartet, um die Arbeiten während der Brutzeit durchzuführen?"

Beide Texte sind ungekürzt nachzulesen - mit vielen weiteren Infos auf der Homepage der BI: www.biwieseckae.de

NSA spioniert auch in Gießen

Wie kürzlich durch Computerexperten festgestellt wurde, hatte die NSA an mehreren deutschen Hochschulen Computer gehackt und ausspioniert oder missbraucht, in den Jahren 2004 und 2006 auch die damalige Fachhochschule Gießen, jetzt Technische Hochschule Mittelhessen (THM). Die Hessenschau berichtete am 12. April darüber ("Spionage ohne Folgen?"). Was die Hacker mit den Rechnern anstellten, lässt sich nicht mehr



Auch Erlangen gegen LaGa

Solidaritätserklärung aus Gießen für die Bürgerinitiative „Stoppt die Landesgartenschau“ in Erlangen:

Die Bürgerinitiative „Wieseckau“ in Gießen (vormals: "Stoppt diese Landesgartenschau", Gießen) sendet solidarische Grüße und Wünsche für euer Bürgerbegehren am 7. Mai 2017. Wir alle sind überzeugt, dass euer Eintreten für ein intaktes Landschaftsschutzgebiet, gegen eine künstliche „Blümchenkultur“, die von Geschäftsinteressen dominiert wird, erfolgreich sein wird.

Bei uns in Gießen fand 2014 gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung eine Landesgartenschau, hauptsächlich in einem weitestgehend intakten Landschaftsschutzge-

biet statt. Wir konnten mit einer erfolgreichen Unterschriftensammlung erreichen, dass ein wichtiges Freizeitgebiet von Motorsägen unangestastet blieb. Ein Bürgerentscheid wurde im Stadtparlament von der Mehrheit verhindert, aber unsere Forderungen wurden beschlossen und uns damit Recht gegeben. Ein Erfolg! Die Landesgartenschau konnten wir nicht verhindern und müssen jetzt gegen die negativen Nachwirkungen kämpfen... - Die Natur interessiert die Stadt nicht, alleine geschäftliche Interessen zählen... Deswegen: Ihr habt Recht! Die Landesgartenschau muss gestoppt werden.

Mit solidarischen Grüßen

Martina Lennartz, Sprecherin der BI



"Telefonate sind kaum etwas anderes als Postkarten. Wenn man sie verschickt, muss man sich nicht wundern, wenn nicht nur der Postbote sie lesen könnte."

So offenbarte Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen im Interview mit der Welt am Sonntag seine Vorstellung vom Postgeheimnis

Prozess gegen Yakup Avci

Am 5. April fand am Gießener Amtsgericht der Prozess gegen den kurdischen Genossen Yakup Avci statt. Ihm wird vorgeworfen, auf seiner Facebook-Seite ein Foto von sich auf einer Demonstration gepostet zu haben. Sein „Verbrechen“: Im Hintergrund ist eine Fahne der Kurdischen Arbeiterpartei PKK zu sehen. Die Staatsanwaltschaft Gießen verhängte daraufhin einen Strafbefehl von 1600 Euro gegen ihn. Zum Prozesstermin fanden sich ca. 25 Angehörige und politische Freunde ein, die gerade so in den Besucherraum passten. Yakup Avci verlas zu Beginn



Yakup Avci (Mitte) mit dem Plakat "Kurden sind keine Terroristen" vor der Verhandlung

eine Erklärung, in der er auf die Hintergründe des Verfahrens sowie die politische und menschenrechtliche Situation der Kurden in der Türkei und hier in Deutschland einging. Da er als Zeuge geladene Polizeibeamte

wegen eines Urlaubs nicht zur Verhandlung kommen konnte und der Staatsanwalt auf einer Verurteilung bestand, wurde in der Sache nichts

entschieden. Ein neuer Termin wird später vereinbart. Wir werden den Prozess mit großem Interesse weiter verfolgen und sichern Yakup unsere volle Unterstützung und Solidarität zu. Rainer Grabowski

Neuer Armutsbericht: 15,7% der Haushalte arm

Die Armut in der Bundesrepublik hat einen neuen Höchststand erreicht. Das geht aus dem »Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017« hervor, der vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und anderen gemeinnützigen Organisationen erarbeitet wurde. Danach sind mittlerweile 15,7% der Haushalte von Armut betroffen – 12,9 Millionen Menschen. Die Armut in der Bundesrepublik nimmt wieder zu. Im Jahr 2015, auf das sich der Bericht bezieht, ist die Not in elf Bundesländern größer geworden. Den stärksten Anstieg hat es in Berlin gegeben: Waren zuvor 20% der Bevölkerung betroffen, seien es 2015 bereits

22,4% gewesen. Das ärmste Bundesland bleibe aber Bremen. Dort müsse jeder vierte zu den Armen gezählt werden. Gerade bei bekannten Risikogruppen hat die Zahl der Betroffenen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Zu diesen zählen Erwerbslose (59%), Alleinerziehende (44%), kinderreiche Familien (25%), Ausländer (34%) und Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau (32%). Es gibt aber eine neue Risikogruppe: Rentner. In den Jahren von 2005 bis 2015 ist ihre Armutsquote drastisch gestiegen, von 10,7 auf 15,9%. Das sind die Auswirkungen der »Agenda 2010« auf die, die nun in Rente gehen.

Fernseh-Umstellung

Millionen zu unnötigen Neuan-schaffungen veranlasst

Ende März wurde in vielen Gebieten Deutschlands das Antennenfernsehen von DVB-T auf DVB-T2HD umgestellt. Schon Monate vorher wurden die dieses System nutzenden Fernseh-Zuschauer mit Einblendungen am Bildschirm, im Bildschirmtext, im Internet und in der Presse darauf hingewiesen, sie bräuchten dann neue Empfangs- oder Vorschaltgeräte, sonst bliebe ihr Bildschirm schwarz. Wer nicht vorher neue Geräte anschloss, sondern erst mal abwarten wollte, was passiert, konnte nach der Umstellung eine Überraschung erleben. Nach einem Sendersuchlauf waren 12 öffentlich-rechtlichen Programme in guter Qualität zu empfangen! Die neuen Geräte brauchten offensichtlich nur diejenigen, die auch die bald gebührenpflichtigen Privatsender empfangen wollen oder Wert auf HD legen. Alle anderen wurden zu völlig unnötigen Ausgaben von 50 bis 200 €, je nach Anspruch an das Empfangsgerät, veranlasst. Der Geräteindustrie und dem Handel hat das zusätzliche Umsätze von mehreren Hundert Millionen € beschert. Merkwürdigerweise wurde bisher noch nirgends darüber berichtet. G.Linhart

Martin Luther - lange vor Marx

"Es paßt sich aber nicht, daß einer auf des andern Arbeit hin müßig geht, reich ist und wohllebt, während es dem Arbeitenden übel geht, wie es jetzt die verkehrte Gewohnheit ist."

Martin Luther (1483 - 1546), deutscher Theologe und Reformator

22. 4. in Wetzlar: Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda

Bereits das 3. Mal innerhalb von 2 Jahren versuchten am Samstag, 22. April – 2 Tage nach dem Geburtstag ihres Idols A.H. – Faschisten der NPD und der "Identitären" in Wetzlar Fuß zu fassen. Immer dabei: Nazi-Frontfrau Melanie Dittmer aus NRW. Knapp 1000 Gegendemonstranten, darunter erstaunlich viele junge Menschen, traten ihnen diesmal in Bahnhofsnähe entgegen, darunter auch die 84-jährige Wetzlarerin Gisela Jäckel, deren jüdische Mutter und Großeltern von den Faschisten nach Auschwitz deportiert und vergast wurden. Die knapp 100 Urenkel Himmlers und Hitlers konnten ihre Demo nicht wie geplant antreten. Aufgrund "höllischen" Motorrad-Lärms der "Kuhle Wampe"-Biker, durch Pfiffe und Rufe ("Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda!") waren ihre tumben Parolen nicht zu hören. Mehrere Dutzend Organisationen – darunter auch die DKP – hatten den Widerstand mobilisiert. K.P.



Es geht nicht um Giftgas, es geht um Russland

In der Nacht auf den 07.04.17 haben die USA einen syrischen Luftwaffenstützpunkt mit 60 Raketen und damit das erste Mal ganz direkt Syrien angegriffen.

Der Vorwand für den Angriff ist ein Vorfall mit Giftgas in der nordsyrischen Stadt Chan Scheichun, bei der mehr als 80 Menschen ums Leben kamen.

Es gibt keine Beweise, wer für den Giftgas-Vorfall verantwortlich ist. Die westlichen imperialistischen Staaten, darunter vor allem die USA, Großbritannien und Deutschland, erklärten, dass die syrische Armee bei einem Luftwaffeneinsatz chemische Kampfmittel eingesetzt hätte – allerdings ohne den Hauch eines Beweises dafür vorzubringen. Die syrische Regierung versicherte, sie habe nie und sie werde auch nie Giftgas einsetzen.

Für die Darstellung der syrischen Regierung spricht einiges: Syrien ist 2013 der Chemiewaffenkonvention beigetreten. Die UNO bestätigte 2015, dass alle syrischen Chemiewaffen vernichtet worden sind und die syrische Armee stellte klar, dass die eingesetzten Flugzeuge nicht in der Lage seien chemische Kampfmittel zu tragen. Wahrscheinlicher ist daher, dass ein Chemiewaffenlager der islamistischen Terrorgruppen bei dem Luftangriff der syrischen Armee getroffen wurde, woraufhin das Giftgas freigesetzt wurde. Es geht nicht um Giftgas, es geht darum Russland aus dem Nahen Osten herauszuhalten.

Merkel, Hollande und Gabriel haben – wieder ohne Beweise – öffentlich erklärt, dass Assad der Schuldige sei. Der CDU-Staatssekretär im Innenministerium Krings meinte, die Reaktion

was passieren würde, wenn bei dem Angriff russische Staatsbürger oder Soldaten getroffen werden würden. Die NATO-Aggression im Nahen Osten wie auch in Osteuropa ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Stattdessen brauchen wir Frieden mit Russland. Wir brauchen eine Kürzung des Rüstungshaushalts, wir brauchen den Ausstieg aus der NATO-Verpflichtung den Rüstungshaushalt zu verdoppeln und den Ausstieg aus der NATO selbst. Die Bundeswehr muss sofort aus dem gesamten Nahen Osten abgezogen werden. Ihr Einsatz und ihre Aus- und Aufrüstung kosten Milliarden, die in unseren Schulen, Universitäten und für Arbeits- und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst, für bezahlbare Mieten und kostenlosen öffentlichen Nahverkehr fehlen. Martina Lennartz



Trumps sei verständlich. Der US-Angriff auf Syrien und die deutsche Unterstützung dafür sind eine große Gefahr. Die Konfrontation mit Russland spitzt sich zu und es ist völlig unklar,



Redaktionsschluss für Juni-Echo: Mi., 24. Mai

Gießener Echo

Hrsg.: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Leserbrief

Es sei ein "Politikversagen", dass es "innerhalb der internationalen Angebotspolitik nicht gelungen sei, die Tendenz zu immer mehr Ungleichheiten bei der Einkommens- und Vermögensverteilung einzudämmen". Das sagte kein böser Linker, sondern Adalbert Winkler, Professor an der Frankfurt School of Finance. Der Fehler ist nur, dass der Wechsel von

der keynesianischen zur Angebotspolitik, in den achtziger Jahren von Ronald Reagan und Margaret Thatcher initiiert und danach in hündischer Treue auch in der BRD vollzogen wird, diese Ungleichheiten, die sie erzeugt, von der Politik überhaupt nicht beseitigt werden will. Demzufolge sehen sich diese Damen und Herren auch nicht als Versager. Schuld ist irgendwer irgendwo. Aber nie die eigene Politik. Wolfgang Seibt



Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo
Abo-Telefon: 030 53 63 55 50

Spiel mit der Bombe - USA provozieren in Korea

... Die jüngste Eskalation im Korea-Konflikt – derzeit ziehen die USA Flugzeugträger zusammen und drohen mit Militärschlägen – wird uns in den Blättern der Herrschenden als groteske Soap-Opera dargebracht. Zwei Wahnsinnige pokern; zur Illustration ihrer Raufhändel müssen Spieltheorie, Küchenpsychologie und deutsche Selbstgefälligkeit erhalten. Der eine Irre, der aus Pjöngjang, will laut Bild »die Bombe«. Der andere, der aus Washington, hat sie schon. Und fingert mit Freuden an seinem Arsenal herum. Sogenannte Marschflugkörper, die "Mutter aller Bomben" – nun möchte Mr. Trump sicher gerne einen Atompilz live erleben. Es bleibt nur die eine Frage zwischen uns und dem Super-GAU: "Wer gibt zuerst nach?" (Die Welt)

Bleiben wir bei den Fakten: Der US-Präsident will kaum einen Kniggekurs abhalten (Kim Jong Un "muss sich benehmen", so Trump) – es geht um die Revision der politischen Ordnung Ostasiens. In Korea herrscht seit bald 65 Jahren Krieg. Die Grenze zwischen

Nord und Süd ist nicht einfach eine Staatsgrenze, sondern eine demilitarisierte Zone. Nur ein Waffenstillstandsabkommen von 1953 hat das Gemetzel unterbrochen. Einen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht. Die USA waren schon damals Kriegspartei, China übrigens auch.

diesen Frieden war hoch. Bezahlt haben ihn Millionen Koreaner und Chinesen mit ihrem Leben.

Es war der Versuch der US-Streitkräfte, den Korea-Konflikt 1950 in einen Krieg gegen die damals junge Volksrepublik zu verwandeln, der ihnen eine ihrer schlimmsten Niederlagen beibringen sollte – zwanzig Jahre vor Vietnam. Hunderttausende chinesische Soldaten marschierten, als sich die US-Truppen der Landesgrenze näherten, in Korea ein und überrannten die Amerikaner regelrecht. Nur unter diesem Druck willigte Washington in Verhandlungen ein.

All das ist genau so geschehen, auch wenn der US-Präsident und unsere Herrschaftsjournalisten davon nichts mehr wissen wollen. Sie seien erinnert: Süd- bzw. Ostasien würde nicht zum ersten Mal zum Grab für imperialistische Expansionsgelüste. Und doch, manches hat sich geändert: Die schlecht ausgerüsteten Infanteristenarmeen der US-Gegner von einst, China und Nordkorea – die haben heute Atomraketen.

Sebastian Carlens (gekürzt aus "junge Welt" vom 19.4.17)



Nun ist alles versammelt, was es für eine neue Eskalation braucht: US-Präsident Trump, der den Kuchen mit Gewalt neu verteilen will. Die Regierung in Nordkorea, für die der Kalte Krieg wieder heiß zu werden droht. Und China, das kaum zulassen kann, dass das Abkommen von 1953 in der Luft zerrissen wird. Denn der Preis für

wollen. Sie seien erinnert: Süd- bzw. Ostasien würde nicht zum ersten Mal zum Grab für imperialistische Expansionsgelüste. Und doch, manches hat sich geändert: Die schlecht ausgerüsteten Infanteristenarmeen der US-Gegner von einst, China und Nordkorea – die haben heute Atomraketen.

Sebastian Carlens (gekürzt aus "junge Welt" vom 19.4.17)

Die Regierung hat keine Legitimität mehr

Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) zum Ergebnis des Verfassungsreferendums in der Türkei, 16. April 2017

Die Ergebnisse des Referendums, die durch Tyrannei, Betrug und Diebstahl geschaffen wurden, haben keine Legitimität. Wer versucht, dieses Ergebnis zu feiern, beleidigt das Volk. Wir rufen unser Volk, das sich nicht unterwirft, auf, sich zu vereinen, organisiert zu handeln und keine „vollendeten Tatsachen“ zu akzeptieren.-.

Diese Wahl wurde geprägt von Tyrannei und Betrug. Die Entscheidung des Obersten Wahlkomitees, nicht gestempelte Stimmzettel und Umschläge als gültig anzuerkennen, entspricht keinerlei gesetzlichem oder unparteiischem Herangehen.

Die AKP steht vor dem Nichts und greift zur Repression. Das Ergebnis ist ein bedeutender Rückgang ihrer Stimmenzahl, und die Hälfte dieser Stimmen bekam sie nur aufgrund un-

zähliger Manipulationen und Fälschungen.-

Die Führungsrolle der Regierungspartei ist zerstört, sie hat die meisten größeren Städte und Innenstädte verloren, in denen sie über Jahre stark gewesen ist.-.

Es ist aussichtslos für die AKP, die glaubt, dieses Land entsprechend der Interessen der Feinde des arbeitenden Volkes, der kapitalistischen Kräfte und Monopole, zu führen, noch einmal ihr Überleben zu versuchen...- Die TKP ruft unser Volk zur Wachsamkeit auf. Akzeptiert keine vollendeten Tatsachen und organisiert euch entsprechend!-

(gekürzt. Vollständiger Text hier: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/04/tkp-die-regierung-hat-keine-legitimitaet-mehr/>)



Auf zum Jugend-Festival der SDAJ vom 2.-5. Juni in Köln



Mehr Infos: festival-der-jugend.de

Das Festival der Jugend findet vom 2. bis zum 5. Juni 2017 wieder mitten in Köln, im wunderschönen Jugendpark am Rheinufer statt. Zu einem der größten linken politischen Jugendfestivals Deutschlands werden nicht nur wieder sehr viele Künstlerinnen und Künstler kommen und für Musik sorgen. Ob Antifa oder Antimilitarismus, Gewerkschaftsarbeit oder Kämpfe in der Schule, Rassismus oder Sexismus in dieser Gesellschaft – in zahlreichen unterschiedlichen Workshops und Vorträgen wollen wir uns austauschen, diskutieren und voneinander lernen. Zum Auspowern gibt's außerdem alles von Streetart über Fußball bis zum sagenumwobenen Hamburger Fünfkampf. Alles von Jugendlichen selbst organisiert, alles mit sehr viel Liebe gemacht. Doch worum geht es eigentlich, wenn sich hunderte Jugendliche am Ufer des Rheins versammeln um gemeinsam zu feiern, zu lernen und zu diskutieren? „Zeit für Widerstand!“ lautet das Motto des Festivals.

Mitgliederversammlung der DKP Gießen

Donnerstag, 4. Mai, 19 Uhr, Büro der Partei Die Linke, Marktplatz 2

Info-Stand der DKP

Samstag, 3. Juni, ab 10.30 Uhr in der Löwengasse Ecke Seltersweg

2. Umsonst-Demo am 3. Mai

Am Mittwoch, den 3. Mai sollen Essen, Bücher, Kleidung, Theater, Musik und alles, was Menschen an Menschen weitergeben, in der Gießener Innenstadt verteilt werden. Beginn: 15 Uhr in der Walltorstraße/Ecke Asterweg, dann weiter über Kirchen- und Marktplatz durch den gesamten Seltersweg

Montag, 8. Mai, Demonstration in Gießen

zum 72. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg
(weitere Infos in Kürze bei www.dkp-giessen.de)



10 Wochen kostenlos testen
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de



Wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden
Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in unserer Auflage von 5000 Stück herausbringen zu können.
Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70.

Das Sofortprogramm der DKP ist in auf 20 Seiten erweiterter Auflage erschienen, ab sofort erhältlich und wird auf Wunsch auch zugesandt.

Wetzlar:

Mittwoch, 10. Mai, 19 Uhr, in der Phantastischen Bibliothek in Wetzlar (Turmstraße 20)

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Was heißt das für uns heute?“

Podiumsdiskussion mit:

Benno Hafenegger (Prof., Uni Marburg, Faschismusforscher), **Davorka Lovrekovic** (Wetzlarer Friedensstreiff), **Henning Mächerle** (VVN/BdA, Rote Hilfe, Gießen), **Frank Mignon** (Wetzlar, Experte für Internet-Auftritte von Neonazis),
Moderation: Walter Schäfer (GEW), **Musikalische Umrahmung: Lee Bach-Bayram** (Hohenahr)
Veranstalter: Wetzlarer Bündnis gegen Nazis „Bunt statt Braun“ und der DGB-Kreisverband Wetzlar.



Widerstand gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern